

# **1. Jahreskongress zur politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern „Politische Bildung im Umbruch?“**

**Rostock, 18. Oktober 2008**

## **Grußwort des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Henry Tesch**

Sehr geehrter Herr Prof. Buchstein, sehr geehrter Herr Schmidt, sehr geehrte Frau Dr. Heinrich (Uni Rostock), sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Lehrerinnen und Lehrer, sehr geehrte Gäste, ich begrüße Sie sehr herzlich zum unserem ersten Jahreskongress zur politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern.

Mein Dank gilt der Landeszentrale für politische Bildung und den Mitorganisatoren – dem Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock und der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung – dass wir gemeinsam die Initiative ergriffen haben, um den politischen Bildnern und Interessierten aus dem ganzen Land ein Forum des Austausches und der Diskussion über neue Herausforderungen und Chancen der politischen Bildung zu eröffnen.

Angesichts Ihrer zahlreichen Teilnahme und der positiven Resonanz bin ich zuversichtlich, dass sich unser Kongress zu einem festen Bestandteil in der politischen Bildungslandschaft Mecklenburg-Vorpommern entwickeln wird und dem ersten Kongress in diesem Jahr weitere folgen werden.

Mit dem Thema „Politische Bildung im Umbruch?“ widmen wir uns heute der wichtigen Frage, wie es uns gelingen kann, die Verankerung einer demokratischen politischen Kultur angesichts vielfältiger Herausforderungen zu stärken. Der wichtige Beitrag, den die politische Bildung hierzu leistet, kann nicht genug betont werden.

Auch deshalb habe ich gerne die Schirmherrschaft für diesen Kongress übernommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

über die Bedeutung der politischen Bildung besteht in der Landesregierung und, so meine ich, auch weit darüber hinaus, Konsens. Die Landesregierung hat sich in der Koalitionsvereinbarung dazu bekannt, dass die politische Bildung einen grundlegenden Beitrag zur Sicherung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung leistet.

Die Auseinandersetzung mit extremistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen ist in dem Bemühen um eine Stärkung der politischen Bildung ein wichtiges Element. Zu dieser direkten Auseinandersetzung mit all jenen, die zentrale Grundwerte unserer Demokratie wie Pluralismus und Toleranz durch Totalitarismus, Abschottung und Rassismus ersetzen wollen, muss aber eine langfristige Strategie zur Stärkung der politischen Bildung und des Demokratiebewusstseins hinzukommen.

Politische Bildung ist eine Daueraufgabe: Ein modernes Land braucht weltoffene, aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihr Gemeinwesen engagieren. Politische Bildung leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag für die Vermittlung der Werte der Demokratie.

Das Wissen um die Funktionsweisen der Demokratie und unseres Verfassungsstaates, die Auseinandersetzung mit unserer schwierigen Geschichte und mit den komplexen Problemen der globalisierten Welt sind gleichzeitig ein wichtiger Bestandteil einer umfassenden Bildung.

Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat darauf hingewiesen, dass „(d)er freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen (lebt), die er selbst nicht garantieren kann.“

Welche Bedeutung der politischen Bildung daher zukommt, dies hat der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau in präziser Weise auf den Punkt gebracht: „Eine freiheitliche Demokratie ohne politische Bildung zerfällt, und dann werden aus Bürgern Untertanen oder gar Rechtlose.“

Politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern wird von zahlreichen Institutionen, Organisationen, Initiativen, Stiftungen, Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen geleistet. Der staatlichen politischen Bildung und ihren Einrichtungen fällt in diesem Verbund eine besondere Rolle zu: Sie ist ein Bekenntnis des demokratischen Rechtsstaates zur Notwendigkeit der Vermittlung dessen, was ihn ausmacht.

Wir haben in den letzten Monaten deshalb einige Anstrengungen unternommen, um die staatliche politische Bildung im Land organisatorisch neu zu strukturieren und inhaltlich zu modernisieren.

Sowohl die Landeszentrale für politische Bildung als auch die Behörde des Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR wurden meinem Geschäftsbereich, also dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, zugeordnet. Die Möglichkeiten einer verstärkten Kooperation dieser beiden Einrichtungen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen meines Ministeriums werden intensiv genutzt und haben zu erheblichen Verbesserungen in der Abstimmung geführt. Schon allein deshalb hat sich aus meiner Sicht diese Neuordnung bewährt.

Begleitet wird die Landeszentrale durch ein neu zusammen gesetztes Kuratorium mit einer großen Bandbreite an fachlicher und politischer Erfahrung. Ich bin sicher, dies wird sich für die inhaltliche Modernisierung der Landeszentrale positiv auswirken. Ich begrüße Herrn Professor Buchstein als Vorsitzenden des Kuratoriums und Frau Richter als seine Stellvertreterin sowie alle weiteren Mitglieder aus diesem Gremium ganz herzlich.

Auch inhaltlich hat sich die Landeszentrale eine Neuausrichtung vorgenommen. Die Konzeption, die der neue Direktor, Herr Jochen Schmidt, dem Kuratorium vorgelegt hat, sieht als zentrales Element die Etablierung der Landeszentrale als Serviceeinrichtung und Dienstleister für die politische Bildung vor.

In allen Fragen der politischen Bildung und der Information über relevante politische Probleme will sich die Landeszentrale zum Ansprechpartner für Multiplikatoren, Träger und interessierte Bürgerinnen und Bürger entwickeln.

Von großer Bedeutung ist dabei die intensive Zusammenarbeit der Landeszentrale mit den freien Trägern der politischen Bildung und Einrichtungen wie den Regionalzentren für Demokratie und Toleranz. Der Kongress am heutigen Tag ist ein wichtiger Schritt zur Intensivierung dieser Zusammenarbeit.

Eine wichtige Herausforderung, die ich konkret benenne möchte, ist die Notwendigkeit einer stärkeren Präsenz der politischen Bildung in der Fläche des Landes. Bei vielen Menschen gibt es einen immensen Gesprächs- und Informationsbedarf zu politischen Themen, deshalb muss die politische Bildung sich öffnen – „hinaus zu den Leuten“ lautet meine Devise. Dabei müssen wir auch neue und vielleicht manchmal ungewöhnliche Wege gehen.

Ein Instrument, um die Bürgerinnen und Bürger mit den Angeboten der politischen Bildung besser zu erreichen, ist das Projekt „Demokratie auf Achse“, das mein Haus gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit im Mai diesen Jahres gestartet hat. Der politische Bildungsbus macht vor allem in kleineren und mittleren Orten Station – vormittags an Schulen, wo Projektstunden und Lehrerfortbildungen angeboten werden und nachmittags auf Marktplätzen, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Gesprächen zur Verfügung stehen und Informationen bereit halten. Die vielen Anfragen von Kommunen und Schulen zeigen, dass ein solches Angebot überfällig war. Die Bilanz kann sich durchaus sehen lassen: 35 Orte in fünf Landkreisen und zwei kreisfreie Städte wurden bisher angefahren.

Durch die Veranstaltungen an den Schulen vor Ort wurden allein rund 1.500 Schülerinnen und Schüler erreicht. Weit über 1.000 Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren und beraten zu lassen. Allein 300 Bürger stellten am Bus einen Antrag auf Akteneinsicht in die Stasi-Akten. Insgesamt rollte der Bus bislang ca. 5.000 Kilometer durch Mecklenburg-Vorpommern. Um diese Entwicklung noch weiter zu verstärken, beabsichtige ich, auch den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern in dieses Projekt mit einzubinden, um die gute Möglichkeit der Bürgernähe, wie wir sie bereits erlebt haben, hier konkret nutzen zu können. Ich lade Sie herzlich ein, sich den Bus, der heute hier auf dem Campus Station macht, anzusehen und sich über die Angebote zu informieren.

Ich hebe ausdrücklich hervor, dass dieses mobile Angebot der politischen Bildung auf Dauer gestellt sein soll.

Wir wollen keine künstlichen „Demokratie-Events“ schaffen, die nach einem Tag wieder vergessen sind - dieses Projekt ist auf Nachhaltigkeit angelegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
diese vielfältigen Anstrengungen zur Stärkung der politischen Bildung sind nur ein Baustein auf dem Weg zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Wir dürfen jetzt nicht nachlassen in dem Bemühen um eine Stärkung und Verbesserung der politischen Bildung. Zugleich sollten alle Demokraten sich stets auch als politische Bildner verstehen und das Werben für unsere Demokratie nicht allein der politischen Bildung überlassen.

Wir alle sind jeden Tag dazu aufgerufen, für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einzutreten.

Ich wünsche uns allen für den heutigen Tag interessante Diskussionen und dem Kongress einen guten Verlauf. Mit auf den Weg geben möchte ich Ihnen die Worte Richard von Weizsäckers: „Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.